Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2025/2050(INI)

17.11.2025

ENTWURF EINES BERICHTS

über die EU-Strategie zum Umgang mit neuen demokratiefeindlichen Theorien (2025/2050(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatter: Bernard Guetta

PR_INI

INHALT

Seite

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS 3

BEGRÜNDUNG.....7

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zur EU-Strategie zum Umgang mit neuen demokratiefeindlichen Theorien

(2025/2050(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union,

– gestützt auf die Artikel 2, 9, 10, 11 und 21 des Vertrags über die Europäische Union,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission über die Verteidigung der Demokratie und die Mitteilung der Kommission über den europäischen Aktionsplan für Demokratie,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 22. Oktober 2025 zu den institutionellen Folgen der EU-Beitrittsverhandlungen,

– unter Hinweis auf die Charta der Vereinten Nationen, mit der der Wirtschafts- und Sozialrat als eines der sechs Hauptorgane der Vereinten Nationen eingesetzt wird,

– unter Hinweis auf das Samoa-Abkommen, d. h. das Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Mitgliedern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten andererseits,

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Entwicklungsausschusses,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0000/2025),

A. in der Erwägung, dass heutzutage die Grundidee der Demokratie selbst von einer US-amerikanisch geprägten Denkrichtung abgelehnt wird, die neoreaktionäres Gedankengut vertritt und über wichtige Verbindungen ins Weiße Haus, zu führenden Unternehmen der Hightech-Industrie und zu mehreren rechtsextremen Bewegungen, insbesondere in Europa, verfügt;

B. in der Erwägung, dass dieses im Westen kursierende Gedankengut eine geistige Nähe zu den Ideologen des russischen Regimes aufweist;

C. in der Erwägung, dass die Demokratie in Gefahr ist und dass das beste Mittel zu ihrer Verteidigung darin besteht, den Einfluss und die Strahlkraft der Europäischen Union zu erhöhen und sie als Grundfeste der Rechtsstaatlichkeit zu einer der drei Weltmächte dieses Jahrhunderts zu machen;

1. ruft dazu auf, dass die Europäische Union diese historische Herausforderung annimmt und Mittel und Wege findet, um ihren Einfluss auf andere Kontinente auszuweiten, Mitstreiter zu gewinnen, sowohl dem Rest der Welt als auch ihren eigenen Bürgerinnen

und Bürgern die eigenen Institutionen besser zu vermitteln, ihre Handelsbeziehungen zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf der Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung auszubauen, in Forschung zu investieren und den Aufbau einer gemeinsamen Verteidigung und die Konsolidierung von industriellen Branchenriesen von Weltrang zu beschleunigen;

2. fordert, dass sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten für einen Zusammenschluss von Ländern einsetzen, die ein Verhältnis zu China, den Vereinigten Staaten oder beiden ablehnen, in dem sie nicht als gleichberechtigte Partner auftreten; ist der Ansicht, dass dies ein neues Kräfteverhältnis im Bereich der Diplomatie und der Handelspolitik schaffen würde, ohne das wir nicht in der Lage sein werden, die Demokratie gegen die Mächte zu verteidigen, die sie ablehnen oder sich von ihr abwenden;

3. fordert, dass die Europäische Union zusammen mit den Drittstaaten, die die universellen Werte der Demokratie teilen, eine Koalition – ein „Demokratiebündnis“ – bildet, das sich für die Verteidigung der Demokratie und eine internationale Verständigung einsetzt; betont, dass die „Koalition der Willigen“ den Weg für die Bildung dieses Bündnisses ebnet;

4. fordert, dass die Europäische Union nicht auf den Abschluss der Beitrittsverhandlungen wartet, um die demokratische Reichweite ihrer bilateralen Abkommen mit den Bewerberländern zu vertiefen und ihren Umfang zu erweitern; ist der Ansicht, dass die Bewerberländer und die Europäische Union auf diese Weise schon heute als ein geeintes demokratisches Ganzes auftreten könnten, das in der Lage ist, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit wirkmächtig zu verteidigen;

5. spricht sich dafür aus, dass sich die Europäische Union unverzüglich für die Förderung einer gemeinsamen Entwicklung mit den afrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union einsetzt; weist darauf hin, dass Afrika bis zum Jahr 2050 zweieinhalb Milliarden Einwohner zählen wird, für die eine Erwerbstätigkeit gebraucht wird, damit sie nicht versuchen, illegal nach Europa zu gelangen; weist darauf hin, dass diese gemeinsame Entwicklung durch die gemeinsamen Sprachen, die unsere Kontinente teilen, erleichtert wird; weist darauf hin, dass die finanziellen und umweltbezogenen Kosten dieser gemeinsamen Entwicklung weitaus niedriger sein werden als die Kosten für den Austausch mit Asien; weist darauf hin, dass Afrika Europas Zukunft ist, genauso wie Europa Afrikas Zukunft ist;

6. fordert, dass die Europäische Union einen mehrsprachigen Radiosender sowie einen entsprechenden Fernsehsender und eine mehrsprachige Website unter dem Namen „Die Stimme Europas“ einrichtet, damit sie sich weltweit Gehör verschaffen kann; betont, dass die erforderlichen Haushaltsmittel und Humanressourcen zur Verfügung stehen, da mehrere Mitgliedstaaten bereits seit Langem hochwertige audiovisuelle Angebote mit internationaler Ausrichtung finanzieren; fordert die Europäische Union auf, ihre Unterstützung für unabhängige Medien und einen unabhängigen Journalismus entsprechend den Zielen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie über die Grenzen der Union hinaus zu verstärken;

7. bedauert, dass die Europäische Union weltweit noch viel zu oft als bürokratisches Gebilde ohne demokratische Legitimität wahrgenommen wird; ist der Auffassung, dass

die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zur selben Zeit und für gleich lange Amtszeiten gewählt werden sollten, damit die Union auf der Weltbühne als geeinte demokratische Macht auftreten kann und das Gefühl der Zugehörigkeit zu ein und derselben Demokratie bei ihren Bürgerinnen und Bürgern gestärkt wird; weist darauf hin, dass diese Abstimmung der Wahltermine selbstredend schrittweise erfolgen sollte;

8. betont, dass die Ausgaben für den Wahlkampf innerhalb der Europäischen Union auf nationaler und europäischer Ebene streng begrenzt werden müssen, sodass ihre Demokratie eine internationale Vorbildfunktion erhält, indem anstelle von Werbeschlachten und betrügerischen Kampagnen, die ausländische Mächten immer häufiger einsetzen, der Wettbewerb der Ideen in den Vordergrund gerückt wird; betont, dass die Würde der öffentlichen Debatte auch dadurch gewahrt wird, dass in allen Mitgliedstaaten öffentlich-rechtliche Medien im audiovisuellen Bereich, die politisch neutral sind und hochwertige Sendungen und Spielfilme produzieren, erhalten werden;

9. fordert die Europäische Union und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Größe von Verlagsgruppen strenger zu begrenzen und die sozialen Medien im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste und entsprechend ihren internationalen Normen denselben Vorschriften, Verboten und Sanktionen zu unterwerfen wie Printmedien und audiovisuelle Medien;

10. schlägt vor, dass in künftigen Verträgen der Europäische Rat in „Staatenkammer“ und das Parlament in „Unionskammer“ umbenannt werden können; vertritt die Ansicht, dass Drittstaaten und Unionsbürgerinnen und -bürger auf diese Weise besser verstehen könnten, dass in der Europäischen Union Entscheidungen letztlich von zwei gesetzgebenden Organen getroffen werden, die demokratisch gewählt werden, und zwar direkt im Falle des Parlaments und indirekt im Falle des Rates, in dem die von ihren jeweiligen Ländern gewählten Regierungsvertreter sitzen;

11. ist der Auffassung, dass es in einer Zeit, in der sich die EU als weltpolitischer Akteur auf der internationalen Bühne behauptet und eine gemeinsame Verteidigung aufbaut, selbstverständlich erscheint, dass die europäische Diplomatie von einem politischen Gremium geführt wird, das gewählt wurde; legt nahe, eine etwaige Eingliederung des Europäischen Auswärtigen Dienstes in den Europäischen Rat zu prüfen;

12. weist darauf hin, dass die Union gemäß dem Vertrag über die Europäische Union auf eine „nachhaltige Entwicklung in Europa“ und „eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt,“ hinwirkt; betont, dass die wirtschaftspolitischen Debatten in der Europäischen Union auf die Frage gerichtet werden sollten, wie am besten eine Marktwirtschaft entwickelt werden kann, die der sozialen Gerechtigkeit und der Umwelt Rechnung trägt und in der die öffentliche Hand die Rolle des Schiedsrichters innehat, wenn es darum geht, zwischen kurz- und langfristigen Interessen und zwischen den Belangen der Arbeitnehmer und der Aktionäre zu vermitteln; ist der Ansicht, dass dadurch die der Europäischen Union eigene Identität, d. h. einer sozialen Demokratie, bekräftigt wird und der demokratische und soziale Konsens, den die Vereinten Nationen nach dem Ende des zweiten Weltkriegs definiert haben, wieder an Zugkraft gewinnt; vertritt die Auffassung, dass die Bekräftigung dieser Identität für das Ansehen der Europäischen Union auf allen fünf Kontinenten förderlich sein wird, aber auch für die Verteidigung

der Demokratie und der sozialen Rechte sowie für ein wachsendes Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger an den Debatten im Rat und im Parlament;

13. erwartet von der Europäischen Union, dass sie sich nicht länger der Unternehmenskonzentration und staatlichen Beihilfen für strategisch wichtige Unternehmen in den Weg stellt, damit wir ausländischen, staatlich gestützten Branchenriesen europäische Branchenriesen entgegenstellen können;

14. weist darauf hin, dass die akademische Freiheit für Bildung und Forschung von grundlegender Bedeutung ist; fordert, dass die Europäische Union die Bedingungen dafür schafft, um zum weltweit besten Forschungszentrum zu werden, zu diesem Zweck gemeinsame Prioritäten setzt und eine bestimmte Region auswählt, die an den Grenzen mehrerer Mitgliedstaaten anliegt, um dort Hochschulen und gesamteuropäische Exzellenzzentren zu schaffen und alle vorhandenen und künftigen Einrichtungen für ihre gemeinsame Verteidigung zusammenzuführen, die die wesentliche Trägerstruktur der wissenschaftlichen Forschung bilden;

15. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Nachdem die absoluten Monarchien abgeschafft und die totalitären Regimes des 20. Jahrhunderts durch die Demokratie besiegt wurden, wird sie nunmehr von allen Seiten angegriffen.

Ihr wird erstens vorgeworfen, die Macht in die Hände einer inkompetenten Mehrheit zu legen und das zulasten der gebildeten Elite. Schon Platon hatte diese Kritik formuliert, die nunmehr von den neoreaktionären Ideologen aufgegriffen wird. Diese sähen es gern, wenn die Demokratie von einer Regierung aus Hightech-Firmenchefs abgelöst würde, die ihrer Ansicht nach am besten in der Lage wären, der Menschheit neue Horizonte zu eröffnen.

Die derart wiederaufbereitete Demokratiekritik zielt darauf ab, die Entscheidungsbefugnis auf einen engen Kreis von Personen zu beschränken, die unter Umständen das Allgemeininteresse mit ihren eigenen Interessen verwechseln.

Als zweiter Kritikpunkt wird der Demokratie vorgeworfen, dass sie der Förderung von Gruppeninteressen zulasten des Allgemeininteresses den Vorzug gäbe.

Dieser Gefahr wird in der Demokratie durchaus Rechnung getragen. Nicht umsonst ist sie nur in Verbindung mit Parteien, Verbänden und Gewerkschaften denkbar, die die Aufgabe haben, zugunsten des Allgemeininteresses die notwendigen Kompromisse zwischen Einzelinteressen auszuhandeln.

Der dritte Kritikpunkt an die Demokratie besteht in dem Vorwurf, dass sie aufgrund der Gewaltenteilung und gegenseitigen Kontrolle sowie aufgrund der Vielzahl von Entscheidungsinstanzen nicht angemessen auf Notsituationen reagieren kann.

Bei diesem Vorwurf wird darüber hinweggegangen, dass in sämtlichen Demokratien Ausnahmebefugnisse vorgesehen sind und dass es Demokratien waren, die sich gegen beide totalitäre Systeme durchgesetzt haben.

Der vierte Kritikpunkt an die Demokratie lautet, dass sie die Gesellschaften schwäche, indem sie ihnen ihre kulturelle oder religiöse Homogenität entziehe.

Diese Kritik wurde schon immer von denjenigen vorgebracht, die bei den ideologischen Auseinandersetzungen, die durch die Demokratie ermöglicht wurden, unterlegen waren. Aber sollte man denn bedauern, dass Frauen das Wahlrecht erlangt haben, dass die Idee des Ruhestands sich durchgesetzt hat, oder dass ein Glaube nicht mehr als Gesetz für alle gelten kann? Und ist es nicht bezeichnend, dass ausgerechnet ein Einwanderungsland zur größten Weltmacht geworden ist?

Der fünfte Kritikpunkt an der Demokratie besagt, dass sie ein Übermaß an Freiheiten erlaube, was zu Anarchie führe, und dass die internationalen Gesetze und Übereinkommen zum Schutz der Freiheiten dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, Ordnung und Autorität Vorrang zu geben, zuwiderliefen.

Bei einer solchen Kritik wird außer Acht gelassen, dass das gefährlichste Gegenteil von Ordnung die Willkür ist und dass Ordnung verlangt, dass Institutionen und Gesetze unsere

Gesellschaften vor spontanen Affekten schützen, auch dann, wenn eine kurzlebige Gemütsbewegung ihnen die Mehrheit verschaffen würde.

Seit jeher fordern Demokratiekritiker die Schaffung starker Machtstrukturen. Nick Land, der Verfasser des Essays „The Dark Enlightenment“ („Die dunkle Aufklärung“), ruft sogar dazu auf, die Staaten durch Strukturen zu ersetzen, die mit Unternehmen vergleichbar sind und somit nur den größten Anteilseignern ein Mitspracherecht einräumen würden. Die Herrschaft der Wohlhabendsten, die Plutokratie, würde somit an die Stelle der Demokratie treten, die die Herrschaft eines Volkes darstellt, das sich aus vor dem Gesetz gleichen Bürgerinnen und Bürgern zusammensetzt.

Es ist schwer zu glauben, dass so viele Menschen solche Ideen unterstützen, aber wir leben in einer Zeit, in der die US-amerikanische Ministerin für innere Sicherheit Habeas Corpus vor dem Senat als ein verfassungsmäßiges Recht definierte, das der Präsident innehabe und das ihm erlaube, Menschen aus diesem Land zu entfernen.

°°°°°

Diese Beanstandung der Demokratie ist der schmerzliche Höhepunkt einer Infragestellung des westlichen Nachkriegskonsenses, dessen zweiter Tragpfeiler, der Sozialschutz, bereits seit Anfang der 1970er Jahre ins Wanken gebracht wurde.

Zu jener Zeit verständigen sich die Ölförderländer darauf, ihre Preise zu erhöhen, während Japans industrieller Aufschwung die wirtschaftliche Entwicklung der asiatischen Tigerstaaten und Chinas einläutet. Die westliche Führungsposition ist bedroht, und eben diese Gefahr ermöglicht es Margaret Thatcher, Ronald Reagan und den Ökonomen der Chicagoer Schule, einen Bruch mit dem Keynesianismus des New Deal und der Nachkriegszeit zu fordern.

Der Staat sei, ihnen zufolge, nicht die Lösung, sondern das Problem. Steuern führten zudem zu Steuervernichtung. Und schon in den 1980er Jahren, als die „konservative Revolution“ weltweit an Schwung gewinnt, nachdem sie in den Vereinigten Staaten triumphiert hat, werden der Sozialschutz und eine auf Umverteilung ausgerichtete Besteuerung immer häufiger als Behinderung des Westens im internationalen Wettbewerb dargestellt.

Im folgenden Jahrzehnt stellen Standortverlagerungen die Weichen für eine Deindustrialisierung Europas und der Vereinigten Staaten. Die daraus resultierende Arbeitslosigkeit ermöglicht es der westlichen Industrie, ihren Beschäftigten ein neues Kräfteverhältnis aufzuzwingen, das bald darauf von einem ebenso tiefgreifenden Wandel in der politischen Landschaft begleitet wird.

Während sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs alle großen politischen Kräfte im Westen auf eine soziale Demokratie, einen Wohlfahrtsstaat bzw. eine soziale Marktwirtschaft beriefen, mussten nun alle den sozioökonomischen Wandel akzeptieren und oftmals beschleunigen.

Sie verloren dabei ihre Identität und damit auch ganze Heerscharen an Wählern an die extreme Rechte und an den Trumpismus, die wiederum durch die Geschwindigkeit, das Ausmaß und die Vielfalt der Umwälzungen in der Welt an Auftrieb gewannen.

Die westliche Bevölkerung musste mit ansehen, wie in nur 50 Jahren, weniger als einem Leben, sowohl die Schwerindustrie als auch ihre Arbeitsplätze auf andere Kontinente

abwanderten; die westliche Führungsposition durch den Aufschwung Chinas und anderer neuer Mächte relativiert wurde; sich der Islam auf der Weltbühne etablierte; die sexuelle Revolution althergebrachte gesellschaftliche Konventionen veränderte, und sich die Vereinigten Staaten stückweise von ihrer Rolle als Weltpolizist abwandten, ohne dass sie jemand ersetzte.

Der Westen lebt nun in einer Ungewissheit, die die Sehnsucht nach einer mythisch verklärten Vergangenheit und den Wunsch nach starken Machtstrukturen hervorruft.

°°°°°

Genau diesen Wunsch, die früheren Gewissheiten wiederzuerlangen, hat Donald Trump erfasst und mit vier Worten zum Ausdruck gebracht: „Make America Great Again“. Um seinem Versprechen gerecht zu werden, wieder zu den Gewissheiten einer verlorenen Supermacht zurückzukehren, greift dieser Präsident zum altertümlichen Recht des Stärkeren und löst sich vom Multilateralismus wie auch vom Prinzip der Gewaltenteilung und gegenseitigen Kontrolle, auf dem die amerikanische Demokratie beruht.

Die Halbzeitwahlen könnten zwar dieser Entwicklung entgegenwirken, in den Vereinigten Staaten spielt sich derzeit allerdings eine kulturelle Konterrevolution ab. Je stärker sich die Rechte von Frauen und Minderheiten sich dort entwickelt haben, desto stärker hat das Unbehagen in anderen Teilen der Gesellschaft zugenommen.

Arbeiter und Angestellte können den Lohndruck aufgrund der Deindustrialisierung, der Einwanderung und der Beschäftigung von Frauen nicht akzeptieren. Ebenso wenig wie traditionalistische Christen und damit die konservativsten Kreise die Gleichstellung der Geschlechter, die gleichgeschlechtliche Ehe und das Recht auf Abtreibung akzeptieren können.

Möglicherweise haben der Trumpismus und die gesamte reaktionäre Internationale hiermit einen langen Zeitraum eröffnet, in dem die Prinzipien der Aufklärung und der Demokratie infrage gestellt werden.

°°°°°

Die Gefahr für die Demokratie ist enorm, aber die Europäische Union kann sich dieser historischen Herausforderung stellen, denn so lang die Liste unserer Schwächen auch sein mag, sie ist nicht so lang wie die unserer Stärken – die Stärken des reichsten Marktes der Welt, einer Bevölkerung, deren kulturelles und wissenschaftliches Niveau unübertroffen ist, und einer Gesellschaft, die sich durch Solidarität und sozialen Schutz auszeichnet.

Wenn wir uns selbst betrachten, haben wir allen Grund, uns zu beklagen, aber wenn wir uns mit anderen vergleichen, haben wir allen Grund, uns bestärkt zu fühlen.

China ist aus einer jahrhundertelangen Bedeutungslosigkeit aufgetaucht, aber aufgrund seiner Demografie, seines fehlenden Mittelbaus und seiner industriellen Überproduktion ist es für die kommenden Jahrzehnte sehr schlecht gerüstet.

Die Vereinigten Staaten versuchen, ihre bedrohte Führungsrolle zu festigen, aber sie waren seit dem Sezessionskrieg noch nie so gespalten wie heute, während wir Europäer – es genügt,

einen Blick auf die Karte zu werfen – noch nie so geeint waren wie jetzt, nicht einmal unter Karl dem Großen.

Wie die Gründerväter müssen auch wir heute Entschlossenheit und Weitblick zeigen und vor allem eins: in großen Maßstäben denken.